

Anarchismus und Sozialismus.

Durch die ganze Geschichte des modernen Sozialismus zieht sich der Kampf mit dem Anarchismus, der die Arbeiter auch zu gewinnen und zum Kampfe zu wecken sucht. Weil der Anarchismus der heutigen Gesellschaftsordnung gleichfalls feindlich gegenübersteht und auch eine kommunistische Gesellschaft wünscht, ist der Vergleich der beiden Anschauungen das beste Mittel, die besondere Eigenart der sozialdemokratischen Grundanschauungen klar hervorzuheben.

Der Anarchismus sieht in der Herrschaft von Menschen über Menschen die Wurzel alles Übelns. Durch Gewalt der Stärkeren gegen die Schwächeren entstanden, durch materielle und geistige Unterdrückung aufrecht erhalten, findet diese Herrschaft in dem heutigen Staat mit seinen materiellen Gewaltmitteln und seiner Autorität ihren stärksten Ausdruck. Die Macht der Staatsherrschaft hält die Arbeiterklasse, die große Volksmasse, in Knechtschaft; ohne den Schutz des Staates könnten die Kapitalisten das Proletariat nicht ausbeuten. Daher braucht nur der Staat durch die Empörung der zum Freiheitsinn erwarteten Massen beseitigt zu werden; dann werden die Menschen, von allem Zwange von oben erlöst, als freie Menschen ihre Arbeit kommunistisch regeln.

Freiheit einerseits, Zwang und Autorität anderseits sind nach dem Anarchismus die beiden Prinzipien, deren Kampf den Inhalt der Geschichte bestimmt. In dieser Anschauung zeigt er sich als der Erbe des alten Liberalismus des aufsteigenden revolutionären Bürgertums, das ja auch die Freiheit zu seiner höchsten politisch-sozialen Forderung erhob. Er sieht nicht, daß diese Freiheit nur der Ausdruck für das Herrschaftsbedürfnis des Kapitals war; er nimmt die Lösung ernst und bemängelt bloß die Inkonsistenz und die Heuchelei der liberalen Freiheitsfreunde, die die Staatsherrschaft zur Unterdrückung der Arbeiter aufrecht erhalten. Sein Kultus der freien Persönlichkeit entspricht der Gedankenwelt des Kleinproduzenten oder des im Kleinbetrieb lebenden Arbeiters; in dem Kleinbetrieb kann der einzelne seine Arbeit nach freiem Belieben regeln. Aber dadurch stellt der Anarchismus sich in Gegensatz zu der Gedankenwelt, die in dem Proletariat der Großbetriebe aufwächst. In dem Großbetrieb ist die Arbeit organisiert; der moderne Arbeiter weiß, daß — mag auch das Gebot des Meisters die Form sein — der notwendige Zusammenhang innerhalb der gemeinsamen Arbeit die Freiheit des Einzelnen beläßt. In der Organisation und der Unterordnung des Individuums unter eine Gemeinschaft sieht er auch das einzige Mittel, die gewaltige organisierte Macht der Kapitalistensklasse erfolgreich zu bekämpfen. Der Anarchismus operiert mit dem aus der Zeit des Kleinbetriebs stammenden Gegenstand von Freiheit und Zwang, und übersteht, daß es noch ein Drittes gibt, das weder die absolute Freiheit noch der Zwang ist: die Organisation mit ihrer freiwilligen Disziplin, das zu dem Großbetrieb, zu unserer heutigen hochentwickelten Technik gehörende Prinzip. Die Organisation allein kann die Arbeiterklasse und damit die Menschheit von der unterdrückenden Herrschaft einer ausbeutenden Klasse befreien; daher geht der wirkliche Kampf zwischen diesen beiden Prinzipien: Zwangsgewalt und Organisation. Darin liegt der Grund, weshalb der Anarchismus praktisch nur in der Jugendzeit der Arbeiterbewegung etwas bedeutend und auf das moderne Proletariat jede Anziehungskraft verloren hat.

Während die anarchistische Theorie also im Grunde die alte bürgerliche Theorie von Freiheit und Gewalt ist, statt auf die Bedürfnisse der Bourgeoisie, auf die Bedürfnisse der von der Bourgeoisie unterdrückten Klassen zugespielt, sieht die sozialistische Theorie den bürgerlichen Anschauungen als eine völlig neue Wissenschaft der Gesellschaft gegenüber. Mehr noch, sie ist die erste wirkliche zusammenhängende Wissenschaft der gesellschaftlichen Erscheinungen, gegen die alle bürgerlichen Anschauungen nur unwissenschaftliche Phantasien und einen unklaren Überglauben bilden. Der Sozialismus sucht nicht in einer Einzelerscheinung, in dem Staat und der Gewalt, den Grund alles Übelns und in einem abstrakten Freiheitsprinzip die Rettung. Er bringt das ganze gesellschaftliche Leben mit all seinen verschiedenen Kräften in Zusammenhang auf der Grundlage der Produktionsweise. Auf der Produktionsweise, der Form der Arbeit zur Erzeugung des Lebensunterhalts, beruhen die andern gesellschaftlichen Institutionen: Recht und Sitte, Gewalt und Kultur, Staat und Politik, sowie die Anschauungen und Ideen der Menschen, die alle wieder als Kräfte zur Festigung oder zur Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung wirken. Was sonst als Zufall und Willkür, als Lücke oder Dummheit der Menschen, als Ausfall ihrer Herrschaft oder ihrer Knechtseligkeit erscheint, kann dadurch erst logisch und natürlich verstanden werden. Gewiß ist der Irrtum, die Staatsherrschaft sei das Grundübel, einigermaßen verständlich zu einer Zeit, wo eine überflüssig gewordene Ausbeuterklasse nur durch ihre Verfügung über die staatlichen Machtmittel ihre Herr-

schafft behauptet, und diese ihr also entrissen werden müssen. Aber die ganze Geschichte zeigt, daß die politische Macht einer Klasse in ihren ökonomischen Funktionen wurzelt, daß mit der Wirtschaftsform auch die politischen Institutionen entstehen, sich wandeln und verschwinden, und daß die Gewalt zwar oft die Geburtsstunden ist, aber nie die Erzeugerin einer neuen Gesellschaftsordnung war. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft will die Umwandlung der Produktionsweise durchführen, die durch die moderne Entwicklung geboten ist, sie will die sozialistische Produktion an die Stelle der kapitalistischen stellen — dazu muß sie die politische Herrschaft der Bourgeoisie zuerst beseitigen.

Wenn also behauptet wird, daß Sozialismus und Anarchismus einander durch ihre verschiedene Stellung zum Staat und zur Staatsherrschaft gegenüberstehen, da der eine sie beseitigen, der andre sie erhalten will, so ist das unrichtig. Der Unterschied liegt darin, daß der Anarchismus den Staat, der Sozialismus die Wirtschaft in den Mittelpunkt seiner Lehren und Ziele stellt. Der Anarchismus kümmert sich nicht um die Wirtschaft, denn, wenn nur erst der Staat beseitigt ist, wird sich die Wirtschaft schon gestalten, wie es am besten ist. Der Sozialismus betrachtet umgekehrt die Gestaltung der politischen Organisation als einen Ausfluss der Wirtschaftsweise.

Das führt zugleich zu einem andern Gegensatz. Der wissenschaftliche Sozialismus unterscheidet sich von jeder bürgerlichen Anschauungsweise vor allem als die Lehre von einer natürlichen und notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung. Die marxistische Sozialdemokratie untersucht die Kräfte in der wirklich vorhandenen Welt, um zu entdecken, welche Formen sich aus ihr entwickeln werden; das ganze Wesen unsrer Partei beruht auf der Einsicht, daß der Sozialismus sich notwendig aus den Kräften der heutigen kapitalistischen Welt, namentlich dem proletarischen Klassenkampf, entwickeln wird. Wer nicht auf diesem Boden steht, für den kann eine andre Gesellschaftsordnung nur als Utopie bestehen, als gedankliche Konstruktion, wie man wünscht oder hofft oder denkt, daß sie sein wird. Das gilt auch für den Anarchismus, der in diesem Sinne als bürgerliche Zukunfts-theorie die Fortsetzung des alten Utopismus bildet.

Um klarsten tritt das in den Schriften der Anarchisten selbst zutage. Sie unterscheiden die Richtungen nach der Utopie oder Zukunftsvorstellung, die jede verwirklichen will. In ihrer Bekämpfung der Sozialdemokratie heben sie als den Gegensatz beider hervor, daß die Sozialdemokratie eine andre Gesellschaftsordnung wollen als sie, und zwar eine schlechtere, eine verfehlte, den sogenannten „Kollektivismus“ oder Staatssozialismus, wobei alle Arbeit und alles Leben durch die Zwangsgewalt des Staates von oben geregelt wird, während sie selbst den echten, auf Freiheit gegründeten „Kommunismus“ wollen. Sie glauben also, daß die Sozialdemokratie genau solche Utopisten sind wie sie selbst, und auch bestimmte Konstruktionen der Zukunft im Kopfe haben, die sie verwirklichen wollen. Nun mag es allerdings hin und wieder Sozialdemokratie geben, die sich nicht nur bestimmte Vorstellungen gebildet haben über die Art und Weise, wie die Zukunftsgesellschaft aufgebaut wird, welche Rolle dabei die Staatsherrschaft zu erfüllen hat, sondern diese Vorstellungen auch für das Wesentliche der sozialdemokratischen Anschauungsweise halten und danach die Resultate einer Untersuchung der wirklichen Kräfte in der Gesellschaft beurteilen oder verwiesen. Aber es ist klar, daß dies nur ein augenblicklicher Rückfall in den Utopismus ist. Die Sozialdemokratie hat nicht eine bestimmte Zukunftsvorstellung zu verwirklichen, sondern die Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, die der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer wichtigsten Bedingung, der politischen Herrschaft des Proletariats, im Wege stehen. Sie untersucht die Kräfte, die in ihrer Entwicklung von Wirtschaft und Klassenkampf eine Rolle spielen, und sucht ihr Resultat zu erkennen; diesem Ergebnis paßt sie ihre Vorstellungen über die Zukunft an, nicht umgekehrt. Daraus werden ihre Vorstellungen über diese Zukunft sich wandeln mit der Entwicklung der Gesellschaft selbst, die immer neue Einblicke gewährt, im Gegensatz zu den feststehenden Konstruktionen der Utopisten aller Art, auch der Anarchisten. Das feste Fundament der Sozialdemokratie bleibt der marxistische Grundzirkel, daß nur die realen Kräfte der wirklich vorhandenen Gesellschaft die Zukunft bestimmen, und daß nur die Erkenntnis dieser Kräfte uns einen Einblick in die Zukunft geben kann.

Reichstag.

87. Sitzung. Freitag, den 10. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Krause, Bisco, Wahnschaffe.

Kurze Anfragen.

Auf eine Frage des Abg. Dohrenbach (Zentr.) über das Verbot eines Vortrages des Jesuitenpater Cohnau über das

Thema: Die Wahrheit über den Jesuitenorden, in Pforzheim, antwortet

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die badische Regierung hat den Vortrag verboten in der Annahme, daß er das religiöse Gebiet berühren möchte. Von diesem Standpunkt aus entsprach die Entscheidung dem Bundesratsbeschluss vom 28. November 1912. Ob diese Annahme zutrifft, haben nur die Landesbehörden im geordneten Instanzengang zu entscheiden. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Entscheidung gegenüber der bisher in Baden geführten Praxis als eine gewisse Verschärfung gewirkt hat (Hört, hört! im Zentr.), aber eine solche Verschärfung kann sich bei der Überprüfung der Auslegung des Bundesrats mit der von der Mehrzahl der Bundesstaaten geführten Praxis nur in vereinzelten Fällen ereignen. Da das Jesuitengesetz und die Bundesratsverordnung eine Strafandrohung nicht enthalten, so müssen die Behörden immer noch den vorangestellten Inhalt des Vortrages entscheiden. (Lachen im Zentr.) Aus dem vorliegenden Charakter des Einschreibens erklärt es sich auch, daß die elsässisch-lorraine Behörden bei gewissen Abweichungen in der Fassung des Themas und gegenüber der Versicherung des Vortragenden, daß religiöse Gebiete nicht berühren zu wollen, den Vortrag in Straßburg nicht verhindert haben. Solche Unstimmigkeiten in der Handhabung der Vorschriften sind nicht zu vermeiden. Wenn der Reichskanzler hier am 4. Dezember 1912 erklärt hat, daß der Bundesratsbeschluss die bestehende Praxis nicht zu ändern beabsichtige, so hat er die bisher allgemein übliche ruhige und zurückhaltende Handhabung im Auge gehabt. Die hierüber bei den Bundesregierungen bestehende Einigkeit rechtfertigt die Erwartung, daß auch künftig die Handhabung der Vorschriften von dem gleichen Geiste getragen sein wird. (Lachen im Zentr. Heiterkeit links.)

Auf eine Frage des Abg. Dr. Werner-Gießen (Wirtsh. Va.) über die Einschränkung des Besuchs deutscher Hochschulen durch Ausländer antwortet

Director im Reichsamt des Innern Dr. Lewald, daß dieser landesrechtlichen Frage von den beteiligten Bundesregierungen die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werde, eine reichsgerichtliche Regelung aber nicht beabsichtigt sei.

Abg. Koch (Soz.) fragt an: Ist es außergewöhnlich, daß die Typhusepidemie im 1. Bataillon des Eisenbahnpionierregiments in Danau durch Unsauberkeit in der Bataillondküche entstanden ist, und daß es 2½ Wochen gedauert hat, bis die Militärärzte die Art der Erkrankungen festgestellt haben? Kann der Reichskanzler bestätigen, daß alles geschehen ist, um die Übertragung der Epidemie auf weitere Kreise zu verhindern?

Preußischer Generaloberarzt Dr. Schulz: Es ist festgestellt, daß die Epidemie nicht auf Unsauberkeit in der Küche zurückzuführen ist, sondern wahrscheinlich ist der Krankheitserreger durch eine später als Typhuskleinträgerin ermittelte, in der Kaserne beschäftigte, an sich völlig gesunde Frau eingeschleppt worden. Die zur Feststellung von Typhus erforderlichen Krankheitserhebungen treten erst am Ende der zweiten Krankheitswoche auf. Als Typhus festgestellt war, ist sofort alles geschehen, um eine Weiterverbreitung zu verhindern, und es ist tatsächlich gelungen, die Erkrankungen auf den ersten Krankheitserreger zu befrachten.

Abg. Koch (Soz.) ergänzt seine Anfrage: Ist es außergewöhnlich, daß die Typhusepidemie von der Trägerin der Bazillen durch Unsauberkeit in der Bataillondküche übertragen worden ist?

Generaloberarzt Dr. Schulz: Nach den bisherigen Feststellungen vermag ich meinen Angaben nichts weiter hinzuzufügen.

Hierauf wird die Beratung der Deutschen Christen über die Beamtenorganisation der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt.

Abg. Aichhoff (Zentr.) bringt Wünsche einzelner Kategorien von Beamten, speziell der Postbeamten, vor, und betont, daß die Unterbeamten ganz allgemein bessergestellt werden müssen.

Abg. Prof. Helselberg (nat.-lub.) betont, daß auch in der höheren Beamtenfamilie eine große Unzufriedenheit und starker Mithmut herrsche. Das Beste wäre es, die Verhältnisse der Beamten im Reich allgemein so zu regeln, wie sie in Preußen geregelt sind.

Abg. Dr. Dertel (Conf.): Außer einer begründeten Unzufriedenheit gibt es auch eine unbegründete, wie die der Sozialdemokratie. Diese grundsätzliche Unzufriedenheit ist nie zu stillen. (Aufruhr bei den Soz.: Wie die der Arbeiter! Heiterkeit.) Auf Kurze gehe ich nur ein, wenn sie mir passen. (Schallende Heiterkeit.) Im Wohlwollen für die Postbeamten lassen wir uns von keiner Partei überreden. (Beifall rechts. Heiterkeit links.)

Abg. Hubrich (Wv.) bespricht die Verkürzung preußischer Gehaltsbestimmungen mit den Beförderungsvorschriften für die Reichsbeamten, worunter die Postbeamten schwer leiden.

Abg. Schr. v. Kamp (Reichsp.) wünscht, daß den gebürtigen Unteroffizieren gewisse Stellungen bei der Post allein zugänglich gemacht würden, speziell die Marineunteroffiziere seien doch in der Telegraphe und Telefonie viel besser ausgebildet als die Zivilanwärter.

Staatssekretär Krause polemisiert gegen die vom Abgeordneten Dubrich in einer Verbandszeitung der Postbeamten geschriebenen Artikel; die Verwaltung habe die Pflicht, unerfüllbare Wünsche auch als unerfüllbar zu bezeichnen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Werner-Gießen (Wirtsh. Va.) und Windfuß (El.) erklärt gegenüber dem Staatssekretär

Abg. Hubrich (Wv.), daß dieser seinen Artikel schon mehrmals vor dem Reichstag beklagt und den Akten des Reichstages einverleibt hat. Merkwürdig ist aber, daß er andre Artikel der Deutschen Polizeizeitung nicht heranzieht. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß man die Erkenntnis eines irrtümlichen Standpunktes auch in die Tat umsetzen muß. Der Staatssekretär habe auch nicht das Recht, die Artikel eines Abgeordneten als ungültig zu bezeichnen. (Lebhafte Hörer, hört, hört! und Zustimmung links.) Mich werden alle Angriffe des Staatssekretärs nicht erreichen.

Der soeben eröffnete

Grosse Inventur-Ausverkauf

hat ganz gewaltige Erfolge erzielt.

Die Preisvorteile sind ausserordentlich gross auf:

Kleiderstoffe (zur Konfirmation empfohlen), Kostüme, Ulstermäntel, schwarze Eskimo-Paletots, Samt- und Seiden-Plüschmäntel, Kindermäntel.

Ferner: Garnierte Kleider, Blusen in Riesen-Auswahl, Kostümrocke, Morgenröcke, Unterrocke, Damenwäsche usw.

Marie Kramer

Hainstraße 7 — Nähe dem Markt

Staatssekretär Kneipe hält unter lebhaften Protesten seitens der Einzelne seine Artikl des Hubrich'schen Tonos gegen die Verwaltung aufrecht. Es sei doch unzulässig, der Verwaltung die Verbreitung unzulässiger Angaben vorzuwerfen.

Abg. Ledebour (Soz.): Unzulässig ist, daß Sie hier den Zensor spielen.
Präsident Dr. Kaempf: Der amtierende Vizepräsident Dove hat den von dem Abgeordneten Hubrich gebrauchten Ausdruck (dass die Deckschrift mit Wollust von der geringeren Bildung der vor 1900 angestellten Zivilanwälter spreche) als zulässig angesehen. Ich muß diesen Standpunkt als begründet anerkennen. (Lebhafte Bravo! links.)

Es folgt die erste Beratung der

Änderung des Handelsgesetzbuches

in bezug auf die Konkurrenzlaufzeit.

Staatssekretär Dr. Vötsch führt aus, daß der Entwurf die Mißbräuche mit der Konkurrenzlaufzeit verhindern wolle; sie dürfe nicht das Fortkommen der Geschäfte in unbilliger Weise erschweren.

Hierauf verzagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr.

Erster Verbandsstag des Deutschen Bauarbeiterverbands.

K. Jena, 10. Januar.

Die zweitstärkste deutsche Gewerkschaft eröffnet am nächsten Sonntag den Neigen der diesjährigen Verbandsstagen: am 12. Januar kommen die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbands im hiesigen Volkshause zu ihrem ersten ordentlichen Verbandsstage zusammen. In ernster Zeit beginnt die erste Tagung des geheimen Verbands der Bauarbeiter, und ernste, wichtige Aufgaben haben die Delegierten zu lösen. Bei Eröffnung des Kongresses werden die Teilnehmer den harten Verlust des Verbands in der Geschäftssperiode, das Scheiden Theodor Bömelburgs, besonders schmerlich fühlen. Theodor Bömelburg wird dem ersten Kongress des Verbands, den er noch mit aus der Taufe gehoben hat, nicht mehr vorstellen.

Bei dem Zusammentritt der Generalversammlung hat der Deutsche Bauarbeiterverband eine zweijährige Tätigkeit hinter sich, und seit dem konstituierenden Verbandsstage (Februar 1910) sind fast drei Jahre vergangen. Der Verband ist im Zelchen des Krieges gegründet worden, denn bald nach dem konstituierenden Verbandsstage sollte nach dem Willen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ein verherrliches Unterwirke über die organisierte Bauarbeiterchaft herabbrechen. „Es ist zwar nicht halb so schlimm geworden“, sagt der Vorstand in seinem Geschäftsbericht, „als es nach dem Geschehen des Unternehmerbundes zu befürchten war, seine Worte waren erheblich größer als seine Macht, aber doch war es ein Kampf, wie ihn vorher weder die Bauarbeiterchaft, noch die Arbeiterschaft überhaupt zu bestehen hatte.“ Der Deutsche Bauarbeiterverband, der damals zwar formell noch nicht bestand, hat aber in dem großen Ringen um die Intelligenzheit bei der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seine Feuerprobe glänzend bestanden.

Nachdem die große Aussperrung beendet war, richtete der Vorstand sein Hauptaugenmerk auf die Verschmelzung des Maurer- mit dem Bauhilfsarbeiterverband. Am 1. Januar 1911 ist der Deutsche Bauarbeiterverband offiziell ins Leben getreten. Die Listen der beiden Verbände wiesen am Schluß 1910 folgende Mitgliederzahlen nach: Zentralverband der Maurer 100 645, Zentralverband der Baugewerblichen Hilfsarbeiter 72 208. Das sind zusammen 241 848 Mitglieder. Wie doch zu erwarten war, sind diese Kollegen nicht alle rechtzeitig in den Deutschen Bauarbeiterverband übergetreten. Nach Ablauf der Karentzeit, am 30. Juni 1911, hatten rund 236 000 Maurer und Hilfsarbeiter den Übergang vollzogen.

Von diesen waren 148 040 Maurer und 65 700 Hilfsarbeiter. Sind somit schon die vor der Verschmelzung hier und dort laut gewordenen Versicherungen über Tertialierung der alten Organisationen durchaus widerlegt, so hat sich die Werbeteistung des neuen Verbands geradezu glänzend bewährt, denn am Schluß des zweiten Quartals 1911 zählte der Verband nicht nur die 288 000 Übergetretenen als Mitglieder, sondern er hatte in dem halben Jahre seiner Tätigkeit 63 170 neue Mitglieder hinzugewonnen. Von diesem Zuwachs entfallen rund 700 Mitglieder auf den früheren Verband der Holzlerer und Steinholzleger, der sich gleichfalls am Jahresende 1910 aufgelöst und in corpore dem Deutschen Bauarbeiterverband angegeschlossen hat. Das Jahr 1912 begann für den Verband ebenfalls mit einer Gebieteüberleitung: Der Zentralverband der Stukkateure schloß sich ihm mit 10 800 Kollegen an. Auch dieses Jahr brachte dem Verband einen weiteren Aufschwung. Die Mitgliederzahl stieg auf 348 418 am Schluß des dritten Quartals. Die nunmehr vereinigte vier Verbände zählten im ersten Quartal 1912 248 107 Mitglieder, der Zuwachs beträgt also in der Berichtsperiode rund 100 000. Das ist gewiß ein schöner Fortschritt!

Im Mittelpunkt der Lohnbewegungen 1910–1912 steht der große Kampf im Jahre 1910, der bekanntlich erfolgreich für die Bauarbeiter endigte und der ja bereits des öfteren gewürdigt wurde. Neben der allgemeinen Aussperrung und meistens erst nach ihrer Beendigung mußten noch verschiedene Lohnämpfe geführt werden, um die Ausdehnung des durch die Aussperrung erzielten Erfolgs auf andre Orte oder Lohngebiete durchzuführen. Insgesamt verzeichnete der Maurerverband im Jahre 1910 955 Bewegungen, die sich auf 18 416 Orte und 188 919 Gesellen erstreckten. Die Bewegungen endeten in 240 Lohngebieten mit vollem und in 667 Lohngebieten mit teilweisem Erfolg, 49 Bewegungen blieben ohne Erfolg. Erreicht wurde dabei für 170 100 Maurer eine Lohn erhöhung um 5,28 Pfsg. im Durchschnitt; ferner für 88 080 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde bis zu acht Stunden pro Woche. — Die Bauhilfsarbeiter hatten 1910 427 Bewegungen, von denen 278 durch die Aussperrung erledigt wurden. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 43 208 Mitglieder, und 288 endigten mit einem vollen Erfolg. Für 70 581 Personen wurde eine Lohn erhöhung von 50 Pfsg. bis 8 Pf. wöchentlich, und für 15 917 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde bis siebenundhalb Stunden in der Woche erzielt.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hatte im Jahre 1911 712 Lohnbewegungen zu führen, die sich auf 2494 Betriebe mit 51 707 Arbeitern erstreckten. Zum Streik kam es in 204 Fällen. Von 504 Bewegungen, die bis zum Schluß des Jahres abgeschlossen waren, hatten 457 Erfolg und 47 blieben ohne Erfolg. Bei den Erungenschaften steht die Lohn erhöhung wieder an erster Stelle, sie beträgt für 84 000 Personen durchschnittlich 2,55 Pf. die Woche. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde für 11 284 Arbeiter um eine halbe bis zu zwölf Stunden durchgeführt. Auch die 205 Abwehrstreiks, die geführt wurden, waren meist von Erfolg begleitet. — Nieber die Lohnbewegungen 1912 ist ein abgeschlossener Bericht noch nicht zu geben. Der Geschäftsbericht betont, daß auch in diesem Jahre eine lebhafte Bewegung zu verzeichnen war.

An der Lohnbewegung 1912 sind etwa 280 885 Mitglieder des Verbands beteiligt, das heißt soweit sie bisher zu tariflichen Lohnbedingungen arbeiten. Da die Personen und Orte, die zurzeit ohne Tarif sind, wohl auch von der Bewegung betroffen werden dürften, wird sich diese Zahl um noch ca. 18 000 vermehren. Die Gesamtzahl der für die Tarifbewegung in Betracht zu ziehenden Personen dürfte demnach auf 101 588 Maurer und 115 080 Hilfsarbeiter, zusammen auf 207 175 Arbeiter zu schätzen sein.

Die Zahl der Tarifverträge stieg seit 1910 von 700 auf 1200. Durch diese 1200 Tarifverträge sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für rund 350 000 organisierte Bauarbeiter geregelt. Der größte Teil der Tarifverträge läuft bekanntlich am 31. März 1913 ab.

Der Rassenbericht weist ein sehr günstiges Ergebnis auf. Entsprechend der Mitgliederzunahme ist auch das Vermögen des Verbands gewachsen. Bei dem Zusammenschluß der Maurer und Bauhilfsarbeiter hatten beide Verbände ein Vermögen von zusammen 4 880 854 Mf. Bis zum Jahresende 1911 hatte sich dieses bereits fast verdoppelt; es stieg auf 8 514 164 Mf. Im Jahre 1912 wuchs das Vermögen auf rund 12 Millionen Mark an. Der Bauarbeiterverband dürfte bei diesem günstigen Vermögensstand dem kommenden Kampfe finanziell gut gerüstet gegenüberstehen. Über Einnahmen und Ausgaben des Bauarbeiterverbandes ist im Geschäftsbericht nur eine Übersicht von den drei ersten Quartalen 1911 und 1912 gegeben, da die Abrechnung vom vierten Quartal 1912 noch nicht vorliegen kann und so ein besserer Vergleich möglich ist.

Daneben betragen die Einnahmen in den ersten drei Quartalen 1911 5 074 468 Mf., 1912 aber 5 900 468 Mf. Diesen steht eine Gesamtausgabe von 2 617 580 Mf. in 1911 und 3 028 104 Mf. in 1912 gegenüber. An Beiträgen wurden 1911 4 781 108 Mf. und 1912 5 580 582 Mf. vereinnahmt. Von den Ausgaben seien hervorgehoben: Krankenunterstützung in den drei ersten Quartalen 1911 412 800 Mf., 1912 540 070 Mf.; Unterstützung in Sterbefällen 1911 108 142 Mf., 1912 121 123 Mf. Für Streiks und Sperren im eigenen Gewerbe mußten aufgewandt werden: 1911 208 728 Mf. und 1912 418 060 Mf. (Im Jahre 1910 mußte der Maurerverband für Streiks 5 275 896 Mf. und der Bauhilfsarbeiterverband 2 112 675 Mf. ausgeben!) Für die Agitation mußten 1911 228 845 Mf. und 1912 197 483 Mf. und für das Verbandsorgan 1911 220 587 Mf. und 1912 252 045 Mf. aufgewandt werden.

Auf der Tagessitzung des Verbandsstages stehen neben den Geschäftsberichten u. a. diese Punkte: Lohnbewegung 1912, Einführung einer Erwerbslosenunterstützung, Jugendorganisation im Deutschen Bauarbeiterverband, Versicherung der agitatorisch tätigen Mitglieder und Festlegung von Bestimmungen über die Anstellung der Beamten. Ein besonders wichtiger Punkt ist diesmal die Wahl des Vorstands, bei der für Bömelburg Erfolg geschaffen werden muss.

Aüchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten

Speiseanzalt I (Zionaustrasse 9): Meiss mit Blattfleisch.
Speiseanzalt II (Zionaustrasse 11): Rübchen mit Blattfleisch.
Speiseanzalt III (Ringstraße 24): Weißgemüse mit Schweinefleisch.
Speiseanzalt IV (Ziegelmühle): Weiße Soßen mit Schweinefleisch.
Speiseanzalt V (Böhmische Str. 35): Grünkraut und Blumentopf mit Kindfleisch.
Speiseanzalt VI (Kreuz, häusliche Dörfer 14/15): Gelbe Soßen mit Schweinefleisch.
Speiseanzalt VII (Wellerstraße 14/15): Rübchen mit Kindfleisch.
Speiseanzalt VIII (Wellerstraße 14/15): Weißgemüse mit Schweinefleisch.



IN UNSEREM

INVENTUR-AUSVERKAUF

VERKAUFEN WIR IN ALLEN ABTEILUNGEN
RESTBESTÄNDE DER SAISONARTIKEL
UND GROSSE GELEGENHEITSPOSTEN

ZU GANZ AUSSERGEWÖHNLICH
BILLIGEN PREISEN

NOTIZ FÜR MONTAG:

Oeffnung unserer Verkaufsräume erst um 9 Uhr früh, da wir durch den enormen Andrang der letzten Tage das Lager erst wieder instand setzen müssen

JEDER AUSVERKAUFSARTIKEL EINE SENSATION



Gebrüder



Gebrüder